

**WENN PROPHETEN UND POLITIKER  
AUF EINANDERPRALLEN  
10 JAHRE BEZIEHUNGEN  
STAAT – KIRCHE IN HONGKONG**

ANTHONY LAM

Am 1. Juli 2007 sind es 10 Jahre seit der Errichtung der Sonderverwaltungszone Hongkong. Das Jubiläum bietet Anlass, über die Rolle der katholischen Kirche in Hongkong im vergangenen Jahrzehnt zu reflektieren.

Allgemein betrachtet geht das kirchliche Leben unverändert weiter. Eine grundlegende Religionsfreiheit ist garantiert. Die Katholiken können frei arbeiten und genießen wie in der Vergangenheit die Freiheit zu evangelisieren.

Einige kritische Ereignisse spiegeln allerdings die doch widersprüchlichen Ansichten zwischen Lokalregierung und Kirche wie auch zwischen Kirche und Zentralregierung in Beijing wider. Nach vielen Jahren der Beobachtung möchte ich die folgenden zehn Ereignisse herausgreifen, die sich am stärksten auf die Beziehung zwischen Kirche und Regierung ausgewirkt haben:

1. Bleiberecht (1999)
2. Heiligsprechung der 120 chinesischen Märtyrer (2000)
3. Tod von Kardinal JOHN BAPTIST WU (2002)
4. Protest gegen den Gesetzentwurf zu Artikel 23 (2003)
5. Streit über das neue Schulgesetz (2004)
6. Ein Katholik wird neuer Regierungschef (2005)
7. Tod des Heiligen Vaters JOHANNES PAUL II. (2005)
8. WTO-Konferenz in Hongkong (2005)
9. Bischof JOSEPH ZEN wird Kardinal (2006)
10. Illegitime Bischofsweihen in China (2006)

Im Folgenden möchte ich den Lesern meine Ansichten zu den genannten Ereignissen darlegen und deren Auswirkungen analysieren.

**Bleiberecht (1999)**

Am 6. Juni 1999 veröffentlichte Kardinal JOHN B. WU, damaliger Bischof von Hongkong, ein Hirten Schreiben, in dem er das Bleiberecht von auf dem Festland geborenen Kindern Hongkonger Bürger unterstützte. Der Kardinal kritisierte die Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong, sie strebe nach langfristigem Wohlstand auf Kosten der Kinder. Die Lokalregierung bat den ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses um Uminterpretation des Grundgesetzes im Hinblick auf eine Aufhebung der Entscheidung des Höchsten Gerichtshofes der Sonderverwaltungszone (29. Januar), der das Bleiberecht anerkannt hatte. Solch eine Uminterpretation würde

einen gewissen Widerstand der Bewohner Hongkongs gegenüber Personen vom Festland erzeugen, die Fundamente der Hongkonger Familie erschüttern, Zweifel am Versprechen der Zentralregierung des „ein Land, zwei Systeme mit einem hohen Grad an Autonomie“ aufkommen lassen, das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft in Hongkong unterminieren.

Natürlich stellte sich die Regierung gegen solch eine Kritik, aber die Einflussnahme war eindeutig. Die Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong wollte der Zentralregierung gegenüber ihre uneingeschränkte Loyalität bekunden, indem sie die Wichtigkeit des „ein Land“ betonte, die Kirche hingegen sah die Wichtigkeit der „zwei Systeme“.

Im Dezember 2001 übernahm die Diözese die führende Rolle bei der Verteidigung des Rechtes auf Schulbesuch von auf dem Festland geborenen Kindern, deren Eltern in Hongkong wohnten und die auf juristische Anerkennung ihrer Forderung nach Bleiberecht in Hongkong warteten (*South China Morning Post [SCMP]* 7.12.2001).

Zusammen mit weiteren Schulen nahmen zwei katholische Privatschulen – die Grundschule St. Johanna von Orleans und die Ng Wah-Grundschule – diese Kinder mit speziellen Absprachen bezüglich des Schulgeldes auf (*Sing Tao Daily News* 15.12.2001). Als Antwort auf die öffentliche Meinung, insbesondere aus Rechts- und Erziehungskreisen, willigte die Hongkonger Regierung schließlich ein, frühere Anträge auf Schulbesuch von Fall zu Fall zu überprüfen.

Während die Hongkonger Regierung und die Diözese Hongkong über das Thema stritten, begann people.com.cn, eine mit der offiziellen Volkszeitung affilierte Webseite, Bischof ZEN zu kritisieren. Er fördere den zivilen Ungehorsam (*Sing Tao Daily News* 30.12.2001). Der Fall wurde offenkundig immer mehr zu einer Konfrontation von Weltanschauungen und nicht mehr nur zu einem Konflikt über verschiedene politische Ansichten.

**Heiligsprechung der 120 chinesischen Märtyrer (2000)**

Am 1. Oktober 2000 wurden im Vatikan von Papst JOHANNES PAUL II. 120 katholische Märtyrer Chinas (87 Chinesen sowie 33 ausländische Missionare) heiliggesprochen. Als Datum war der Gedenktag der hl. THERESE [von Lisieux] ausgewählt worden, es ist jedoch gleichzeitig der Nationalfeiertag Chinas (*Tripod*, September/Oktober 2000). Die chinesische Regierung verurteilte die Heiligsprechung scharf. Sie behauptete, die Märtyrer seien Komplizen der westlichen Imperialisten und Kolonialisten gewesen, die China unterdrückt hätten; einige der Märtyrer seien moralisch korrupt gewesen, und das Datum für die Heiligsprechung sei absichtlich als Angriff auf das chinesische Volk gewählt worden (*Sunday Examiner [SE]* 1.10.2000).

Als Antwort auf die Kritik aus China sagte Papst JOHANNES PAUL II.:

Die heutige Feier ist nicht der angemessene Augenblick, um Urteile über jene Zeitabschnitte der Geschichte zu fällen; dies wird an anderer Stelle geschehen können und müssen. Heute möchte die Kirche durch diese feierliche Verkündigung der Heiligkeit schlicht und einfach anerkennen, dass jene Märtyrer für uns alle ein Vorbild im Mut und in der

Der folgende Beitrag wurde von KATHARINA FEITH aus dem Englischen übersetzt. ANTHONY LAM ist Forscher am *Holy Spirit Study Centre* der Diözese Hongkong und Chefredakteur der chinesischen Ausgabe von *Tripod*.

Konsequenz im Glaubensleben sind und dem edelmütigen chinesischen Volk zur Ehre gereichen.<sup>1</sup>

Obwohl hohe Regierungsbeamte vom Festland in Hongkong die Diözese aufforderten, sich mit Feierlichkeiten zurückzuhalten, wurden zwischen September und November die Feiern der Diözese und verschiedener religiöser Gemeinschaften wie geplant abgehalten.

Auch in den Medien gab es hitzige Debatten nicht nur über die Heiligsprechung, sondern auch über die Frage der Religionsfreiheit in der Sonderverwaltungszone Hongkong angesichts der seit dem Übergang im Jahre 1997 gültigen Vereinbarung „ein Land, zwei Systeme“.

### Tod von Kardinal JOHN BAPTIST WU (2002)

Am 23. September 2002 starb im Alter von 77 Jahren Kardinal JOHN B. WU, Bischof von Hongkong. Sein gesundheitlicher Zustand hatte sich seit Mitte Juni zusehends verschlechtert.

Im Amt als Bischof von Hongkong folgte ihm unmittelbar Bischofs-Koadjutor JOSEPH ZEN ZE-KIUN SDB. Der Begräbnisfeier von Kardinal WU am 28. September stand Kardinal CRESCENZIO SEPE, der Präfekt der Kongregation für die Evangelisierung der Völker, als Vertreter des Heiligen Vaters vor.

Während seines Aufenthaltes in Hongkong traf Kardinal SEPE Regierungschef TUNG CHEE-HWA. Die Medien bezeichneten dies als freundliche Geste, um die äußerst kritische Rolle von Bischof ZEN auszubalancieren. TUNG hatte auch dem verstorbenen Kardinal in der Kathedrale seinen Respekt erwiesen und wurde von Bischof ZEN empfangen. Der Tod von Kardinal WU bot so eine gute Gelegenheit für beide Seiten (Regierung wie Kirche), sich gegenseitig Achtung zu bezeugen.

### Protest gegen den Gesetzentwurf zu Artikel 23 (2003)

Die Regierung von Hongkong beanspruchte, ihr obliege verfassungsgemäß die Pflicht zur Verabschiedung von Gesetzen zur Implementierung von Artikel 23 des Grundgesetzes. Artikel 23 ist die Grundlage für ein Sicherheitsgesetz, das von der Regierung Hongkongs vorgeschlagen wird. Dort heißt es:

Die Sonderverwaltungszone Hongkong erlässt in Eigenverantwortung Gesetze, um Tätigkeiten wie Landesverrat, Spaltung des Landes, Aufwiegelung zum Hochverrat, Subversion gegen die Zentrale Volksregierung oder Verrat von Staatsgeheimnissen zu verbieten, und die es ausländischen politischen Organisationen oder Körperschaften untersagen, in der Sonderverwaltungszone politische Aktivitäten zu entfalten, und den politischen Organisationen oder Körperschaften der Sonderverwaltungszone, Verbindungen mit ausländischen politischen Organisationen oder Körperschaften zu unterhalten.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Aus: „Mutige Vorbilder im Glauben gereichen dem ganzen Volk Gottes zur Ehre“, Predigt von JOHANNES PAUL II. zur Heiligsprechung der chinesischen Märtyrer am 1. Oktober, s. *China heute* 2000, Nr. 5, S. 153f., hier S. 154.

<sup>2</sup> Zitiert nach der deutschen Übersetzung in: ROMAN MALEK (Hrsg.), *Hongkong. Kirche und Gesellschaft im Übergang*, Nettetal 1997, S. 287.

Die Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong veröffentlichte ihre Vorschläge für das Antisubversionsgesetz am 24. September 2002. Sie lösten heftigen Streit und Spaltungen innerhalb Hongkongs aus, das als separates Rechtssystem in Übereinstimmung mit der „Chinesisch-Britischen Gemeinsamen Erklärung über die Hongkong-Frage“ [1984] operiert.<sup>3</sup>

Proteste gegen den Gesetzentwurf gipfelten in einer Massendemonstration, an der am 1. Juli 2003 mehr als eine halbe Million Menschen teilnahm. An dem Tag nahm Bischof ZEN vor der Demonstration an einer Gebetsversammlung im Victoria-Park teil.

In der Folge traten zwei Kabinettsmitglieder, darunter der Führer der Liberalen Partei JAMES TIEN, zurück. Am 7. Juli entschied die Regierung, die zweite Lesung des umstrittenen Gesetzentwurfs zu verschieben, über den ursprünglich am 9. Juli im Legislativrat abgestimmt werden sollte. Das Gesetz wurde dann auf unbestimmte Zeit verschoben.

Der 1. Juli wurde im Nachhinein zum Symbol für gesellschaftliches Handeln. Chinesische Regierungsbeamte besuchten in der Folge häufig katholische Führer Hongkongs. Die Zentralregierung beschuldigte die in Hongkong zuständigen Abteilungen der Einheitsfront, es sei ihnen nicht gelungen, die religiösen Kreise, insbesondere die christlichen Kirchen, zu vereinen. Und wieder wurde die katholische Kirche in Hongkong, insbesondere ihr Leiter Bischof JOSEPH ZEN, von der Zentralregierung als Unruhestifter abgestempelt.

### Streit über das neue Schulgesetz (2004)

Das Gesetz geht auf das Jahr 2002 zurück, als die Hongkonger Regierung einen „Entwurf zur Nachbesserung des Gesetzes für das Bildungswesen 2002“ (*Education [Amendment] Bill*) einbrachte. Die Reform zielt auf Veränderungen in den Kontrollorganen des zweigliedrigen Schulsystems ab; diese setzen sich derzeit aus den Schulträgern und den Schulverwaltungsausschüssen zusammen. Nach dem Gesetzentwurf sind die Schulen gezwungen, ihre Verwaltungsräte für Lehrer, Eltern, ehemalige Schüler und Personen des öffentlichen Lebens zu öffnen (*SCMP* 6.10.2003, s. *China heute* 2004, Nr. 4-5, S. 136f., 145-148).

Die katholische Kirche, einer der größten Schulträger in Hongkong, war der Meinung, dass solch ein Gesetz die Verwirklichung der katholischen Vorstellungen von Erziehung erschweren würde. Bischof ZEN hatte den Entwurf bereits im Oktober 2003 kritisiert (*SE* 5.10.2003).

Am 8. Juli wurde das Gesetz, der „Entwurf zur Nachbesserung des Gesetzes für das Bildungswesen 2004“, im Legislativrat verabschiedet. Nach dem neuen Gesetz, das am 1. Januar 2005 in Kraft trat, sind die staatlich subventionierten Schulen [in privater Trägerschaft] verpflichtet, bis zum Jahre 2010 „eingetragene Schulverwaltungsräte“ zu bilden. Die Mitglieder der Räte müssen gewählte Vertreter von Lehrern, Eltern und ehemaligen Schülern sowie andere unabhängige Personen umfassen mit Blick auf die Förderung einer „schulbasierten Verwaltung“. Die Kirche

<sup>3</sup> Vgl. ebd., S. 269-282.

zeigte sich sehr besorgt, dass sie als Träger in der Zukunft nicht länger bevollmächtigt sei, die von ihr getragenen Schulen zu kontrollieren oder die von ihr gesteckten Ziele katholischer Erziehung zu verwirklichen.

In einem Rundschreiben vom 20. November 2004 drängte Bischof ZEN alle katholischen Schulen, ihre bisherige Struktur beizubehalten und vor dem Jahre 2010 keine Verwaltungsräte zu bilden. 40% der Mitglieder der [künftigen] Schulverwaltungsräte sollen aus Vertretern von Lehrern, Eltern und ehemaligen Schülern gewählt, 60% von den Trägern ernannt werden.

Auf der anderen Seite sollten sie innerhalb des laufenden Schuljahres einen „geschäftsführenden Schulausschuss“ auf der Funktionsebene bilden, um einen partizipatorischen Rahmen zu fördern. Solch ein Organ, wie es im „Bericht Nr. 7 der Bildungskommission“ von 1997 vorgeschlagen wurde, würde Vertreter der Lehrer, Eltern und ehemaligen Schüler umfassen. Die katholischen Schulen wurden zudem aufgefordert, mögliche Schulrektoren zu benennen, die die Vorstellungen der katholischen Kirche in ihrer Erziehungsarbeit teilten.

Am 6. Dezember 2005 richtete die Diözese Hongkong ein Gesuch an das Hohe Gericht (*High Court*) um Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des nachgebesserten Gesetzes für das Bildungswesen gemäß Artikel 136, 137 und 141 des Grundgesetzes. In erster Instanz wurde die Feststellung der Diözese, das neue Gesetz würde gegen das Grundgesetz verstoßen, abgelehnt. Das Gericht urteilte, der Schutz der Religionsfreiheit berechtige kirchliche Organisationen nicht, gegen die staatliche Erziehungspolitik ein Veto einzulegen. Danach sicherte die Diözese öffentlich zu, dass sie auf der einen Seite ihr Engagement für Bildung und Erziehung fortsetzen, auf der anderen Seite sich jedoch direkt an den Höchsten Gerichtshof (*Court of Final Appeal*) wenden werde.

Ganz gleich, was später passiert, der Streit über das Schulgesetz hat das in langer Zeit aufgebaute Vertrauen zwischen Regierung und den Kirchen bereits beschädigt. Die katholische und die protestantischen Kirchen stellen etwa die Hälfte der Schulen in Hongkong. Alleine die katholische stellt ein Viertel aller Schulen.

Es können nur alle verlieren. Die Kirche gibt womöglich widerwillig das Recht auf Trägerschaft auf (*SCMP* 7. April 2004). Die Regierung investiert womöglich noch mehr in eine immer schlechtere Ausbildung, und die Bürger Hongkongs erhalten möglicherweise nicht mehr die ausgezeichnete Ausbildung, die sie gewohnt sind.

#### **Ein Katholik wird neuer Regierungschef (2005)**

Am 10. März 2005 trat TUNG CHEE-HWA, der erste Chief-Executive der Sonderverwaltungszone Hongkong, von seinem Amt zurück. DONALD TSANG YAM-KUEN wurde amtierender Regierungschef. TSANG ist bekannt als praktizierender Katholik.

Am 16. Juni wurde TSANG von 710 Mitgliedern des 796 Mitglieder umfassenden Wahlkomitees als neuer Regierungschef gewählt. Er wurde am 24. Juni offiziell in sein Amt eingeführt.

Während einer langen Zeit der Konfrontation gelang es DONALD TSANG erfolgreich, die Spannungen zwischen Kirche und Regierung abzubauen. Der erfahrene Beamte, der vor über 30 Jahren in die Regierungsdienste eintrat, hat zu mehr Klarheit und Transparenz in der Politik beigetragen.

#### **Tod des Heiligen Vaters JOHANNES PAUL II. (2005)**

Papst JOHANNES PAUL II. starb am 2. April 2005 um 21:37 Uhr. Millionen Katholiken zogen zum Vatikan, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. In Hongkong wurden am 4. und 7. April in der Kathedrale zwei heilige Messen zu seinem Gedächtnis gefeiert.

Der Chief-Executive DONALD TSANG nahm an den Liturgiefeier teil, was keine bedeutsamen Auswirkungen hatte. Er ist Katholik. Die Leute gingen davon aus, dass er solche Gelegenheiten wahrnehmen müsse.

Die Volksrepublik China war das einzige Land weltweit, das keinen Vertreter zu den Begräbnisfeierlichkeiten für Papst JOHANNES PAUL II. [nach Rom] entsandte. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums LIU JIAN-CHAO übermittelte jedoch Kondolenzworte zum Tod des Papstes.

Die chinesische Regierung scheint gegenüber dem neuen Papst BENEDIKT XVI. freundlich gesinnt zu sein. Dies vermittelte den Medien ein falsches Bild, als ob die sino-vatikanischen Beziehungen bald normalisiert würden. Tatsache ist, dass noch ein weiter Weg zu gehen ist.

#### **WTO-Konferenz in Hongkong (2005)**

Vom 13.–18. Dezember 2005 war die Hongkonger Regierung Gastgeber der Sechsten Ministerkonferenz der Welt Handelsorganisation (WTO), die im Konferenz- und Ausstellungszentrum Hongkongs stattfand. Einige Tausend Globalisierungsgegner trafen aus verschiedenen Ländern ein.

Bei einem Gebetstreffen im Victoria-Park, das vor dem Protestmarsch von etwa 4.000 WTO-Gegnern am 11. Dezember abgehalten wurde, rief Bischof ZEN ZE-KIUN zu „gerechtem Handel und einer barmherzigen Welt“ auf (SE 18.12.2005). Koreanische Bauern machten das Grand der Demonstranten aus Übersee aus. Obwohl nicht alle Bauern Katholiken waren, nahmen in Hongkong tätige koreanische Priester an den Protestversammlungen teil.

Die Konfrontation zwischen Demonstranten und der Polizei geriet zum Desaster. Beide Seiten waren erschöpft nach den lang andauernden Spannungen. Nach einer vollen Woche kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, 900 Demonstranten wurden verhaftet.

Bischof ZEN und Menschenrechtsvertefcher verurteilten die schlechte Behandlung der Demonstranten seitens der Polizei und die hohe Zahl von Verhaftungen. In einer Erklärung vom 19. Dezember 2005 sagte Bischof ZEN:

Die Polizei vernachlässigte ihre Verantwortung gegenüber den Verhafteten, was Essen, Wasser, Schutz vor Kälte und Sanitäres anbelangt. Auch verweigerte sie die Auskunft über den Verbleib der Verhafteten, als Freunde, Betroffene und die Gesellschaft als ganze sich erkundigen wollten. Sie lehnten Besuche von freiwilligen Rechtsanwälten und Übersetzern ab und behandelten eine freundliche Ordensschwester sehr un-

sanft. Dies ist eine Schande für Hongkong, Ich entschuldige mich bei den friedlichen koreanischen Demonstranten. Die Vorkommnisse haben den Ruf Hongkongs als internationale Stadt schwer beschädigt. Die Verantwortlichen sollten dafür zur Rechenschaft gezogen werden. (SE 25.12.2005).

Trotz des eher milden Kommentars von Bischof ZEN zeigte sich die Polizei äußerst unzufrieden mit dem Bischof; sie behauptete, ihre disziplinarischen Maßnahmen seien gerecht und notwendig gewesen. Sie fühlte sich missverstanden und forderte vom Bischof eine Entschuldigung. Sie drohte sogar, einen Brief an den Heiligen Stuhl zu senden, um sich über Bischof ZEN zu beschweren. Interessanterweise begrüßte Bischof ZEN den angedrohten Schritt. An seinem 74. Geburtstag sandte er dem Heiligen Stuhl pro forma ein Erinnerungsschreiben (SE 22.01.2006); er sagte, er würde sich freuen, wenn er von seinem Bischofsamt entpflichtet würde. Bischof ZEN sucht nach einer Möglichkeit, auf dem Festland in den Seminaren zu unterrichten.

### **Bischof JOSEPH ZEN wird Kardinal (2006)**

Statt das Emeritierungsgesuch von Bischof ZEN anzunehmen, legte der Heilige Vater ihm eine weitere Bürde auf. Am 22. Februar 2006 kreierte Papst BENEDIKT XVI. 15 neue Kardinäle. Unter ihnen war auch JOSEPH ZEN, der Bischof von Hongkong. Eine Delegation aus Hongkong nahm an der feierlichen Kardinalserhebung in Rom am 24. März 2006 teil (vgl. *China heute* 2006, Nr. 1-2, S. 7f.).

In Hongkong wurde am 30. März eine feierliche Messe gefeiert, gefolgt von einem Festbankett einen Tag später. Die Diözese hatte erwartet, dass die Festlandsbeamten in Hongkong wohl nicht an der Eucharistiefeier teilnehmen, jedoch zu den nichtreligiösen Feierlichkeiten kommen würden. Bedauerlicherweise kam keiner der eingeladenen chinesischen Beamten.

Seit vielen Jahren wurde Bischof ZEN von den pro-Beijinger Medien als Unruhestifter bezeichnet; einige Medien in Hongkong interpretierten ZENS Erhebung in den Kardinalsstand als Zeichen Richtung Beijing, dass der Heilige Vater eine harte Linie bezüglich China fahren werde.

Dies beweist vielmehr das Gegenteil: Der Heilige Vater handelt unabhängig. Er möchte weder verärgern noch gefallen. Er tut einfach, was recht ist.

### **Illegitime Bischofsweihen in China (2006)**

2006 gab es drei Fälle von illegitimen Bischofsweihen in China. Am 30. April bzw. am 3. Mai wurden MA YINGLIN in Kunming und LIU XINHONG in Wuhu zu Bischöfen geweiht. Diese beiden Fälle wie auch der Fall der Bischofsweihe von WANG RENLAI in Xuzhou am 30. November führten zu großen Spannungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Beijinger Regierung (vgl. *China heute* 2006, Nr. 3, S. 77-79, 82-90). Nach dem Kirchenrecht unterliegen die Weihelikandidaten wie auch die Weihenden strengen disziplinarischen Maßnahmen.

Da die Weihe der Kirche eine tiefe Wunde zufügten, erließ Papst BENEDIKT XVI. am 4. Mai 2006 eine Erklärung, in der es hieß: „Es handelt sich um eine schwere Verletzung der Einheit der Kirche, für die bekanntermaßen strenge kanonische Sanktionen vorgesehen sind (vgl.

Canon 1382 des *Codex des kanonischen Rechtes*)“ (s. *China heute* 2006, Nr. 3, S. 77). In diesem Canon steht wie folgt:

Ein Bischof, der jemanden ohne päpstlichen Auftrag zum Bischof weiht, und ebenso, wer von ihm die Weihe empfängt, zieht sich die dem Apostolischen Stuhl vorbehaltene Exkommunikation als Tatstrafe zu.

Außenstehende Kommentatoren wiederholen immer wieder, dass die Weihe auf Kardinal ZEN abzielte. Dies ist eine bloße Vermutung. Wenn dies wirklich die Strategie der die Religionen überwachenden chinesischen Behörden gewesen ist, dann kann man sagen, dass die Strategie völlig versagt hat. Solche Aktionen sind verabscheuungswürdig, aber sie können Kardinal ZEN absolut nichts anhaben. Die Hochachtung der Menschen in Übersee vor Kardinal ZEN ist gestiegen statt gesunken. Dies steht wahrscheinlich den Erwartungen der Verursacher der obigen Idee konträr gegenüber.

Am 5. Juni 2006 nahm Regierungschef DONALD TSANG in Kunming während eines offiziellen Besuchs in der Provinz Yunnan an einer Heiligen Messe teil. Die Messe wurde von Bischof MA YINGLIN gefeiert. TSANG hat sein Leben lang die Messe besucht. Eine Lokalzeitung in Hongkong beschuldigte ihn jedoch, ernsthaft gegen die kirchliche Disziplin verstoßen zu haben (SCMP 6.06.2006). Der Kanzler der Diözese Hongkong, Fr. LAWRENCE LEE, musste klarstellen, dass es keine Direktiven seitens des Vatikans gibt, die verbieten, an einer Messe teilzunehmen, die von einem Priester gefeiert wird, der bei der Patriotischen Vereinigung registriert ist, oder von ihm die Sakramente zu empfangen (SE 18.06.2006).

Da TSANGS Fall unter den Katholiken Hongkongs Befürchtungen auslöste, wurde ich gebeten, einen Kommentar zu dem Fall zu schreiben, um eine klare Auslegung zu geben. Mit Zustimmung der Diözesankurie schrieb ich einen Artikel in der *Kung Kao Po*, der chinesischen Diözesanzeitung, um die Befürchtungen zu zerstreuen. TSANG war in der Tat unschuldig.

### **Welche Implikationen haben diese Ereignisse?**

**Falsche Zielscheibe.** Die pro-Beijinger Medien haben immer wieder Kardinal ZEN kritisiert und ihn als Unruhestifter bezeichnet. Fälschlicherweise dachten sie, die katholische Kirche im Allgemeinen sei gehorsam, nur der Kardinal sei es nicht. Ganz offensichtlich haben sie die falsche Zielscheibe gewählt. Es ist die Kirche als ganze, welche diese kritische Haltung gegenüber politischen Fragen einnimmt. Ein Vergleich sei hergestellt mit dem *Kompendium der Soziallehre der Kirche*, herausgegeben vom Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden, den die Diözese derzeit ins Chinesische übersetzt.

Die pro-Beijinger Gruppen wie auch die Medien machen denselben Fehler: Sie denken, wenn Kardinal ZEN versetzt wird, wird alles besser. Sie verstehen einfach nicht, dass sich die allgemeine gesellschaftliche Situation verändert hat. Eine neue Zivilgesellschaft bildet sich heraus. Die Menschen verlangen nach einer größeren Transparenz von Politik und Verwaltung und einer größeren Verantwortlichkeit seitens der Regierung. Die katholische

Kirche kann hier als Katalysator fungieren. Auch außerhalb der katholischen Kirche ist diese Art von sozialer Spannung unvermeidbar.

**Die Medien gießen Öl ins Feuer.** Kirche und Regierung (sowohl Lokal- wie Zentralregierung) benötigen einen besseren Kanal für Kommunikation und Dialog. Nehmen wir den Fall von DONALD TSANG in Kunming als Beispiel. Die Medien nutzen jede Gelegenheit, um den kleinsten Konflikt zwischen den verschiedenen Seiten in der Gesellschaft hochzuspielen.

**Missverständnisse.** Ein anderes grundlegendes Missverständnis besteht in der Meinung, die Kirche kämpfe um ihrer selbst willen. Nein, das ist völlig falsch. Die Kirche kämpft für die Unterprivilegierten in der Gesellschaft. Das Bleiberecht, das Schulgesetz und die WTO betreffen nicht so sehr die Kirche, sondern die Kinder, Schüler und Bauern. Die Kirche wirkt im Sinne der Gerechtigkeit. In einem Word, es ist ein Liebesdienst. Im *Kompendium der Soziallehre der Kirche* heißt es:

*Der Mensch, der entdeckt, dass er von Gott geliebt wird, begreift seine eigene, transzendente Würde; er lernt, sich nicht mit sich selbst zu begnügen und dem anderen in einem Netz zunehmend authentischer menschlicher Beziehungen zu begegnen.* Menschen, die von der Liebe Gottes neu geschaffen wurden, sind in der Lage, die Regeln und die Qualität der Beziehungen und sogar die gesellschaftlichen Strukturen zu verändern: es sind Personen, die Frieden bringen können, wo Konflikte bestehen, die brüderliche Bindungen schaffen und aufrechterhalten können, wo Hass herrscht, die die Gerechtigkeit suchen, wo die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwiegt. Nur die Liebe vermag die Beziehungen, die die Menschen zueinander unterhalten, auf radikale Weise zu verwandeln. Jeder Mensch guten Willens, der sich diese Perspektive zu Eigen macht, kann die unermesslichen Horizonte der Gerechtigkeit und der menschlichen Entwicklung in der Wahrheit und im Guten erkennen.<sup>4</sup>

In anderen Worten, die Kirche nimmt ihre prophetische Rolle wahr, indem sie versucht, die Gesellschaft zu verändern und in Richtung einer menschlicheren „neuen“ Welt zu arbeiten. In diesem Sinne hat eine Veränderung der politischen Situation Hongkongs keinerlei Auswirkungen auf die Rolle der katholischen Kirche. Die Kirche bleibt immer prophetisch. Ihre Herangehensweise mag der Regierung nicht immer gefallen, aber sie ist notwendig zum Wohl der Menschen.

Der Konflikt unterschiedlicher Vorgehensweisen kann zwischen Kirche und Regierung Spannungen verursachen, aber er hat scheinbar keine Auswirkungen auf die Kirche. Die katholische Kirche Hongkongs wächst nach drei Jahrzehnten des Stillstands allmählich wieder. Jedes Jahr werden über 4.000 Neugetaufte in die Kirche aufgenommen.

**Weitere Quellen:** *Hong Kong Catholic Directory* 2002, 2007; *Sunday Examiner [SE]* 1999–2007; *UCAN*.

## THEOLOGISCHE UND PASTORALE REFLEXION ÜBER DIE IN KATHOLISCHEN GEMEINDEN DER UREINWOHNER TAIWANS NOCH VORHANDENEN PRAKTIKEN DER SCHAMANEN

OLIVIER LARDINOIS SJ

**Vorbemerkung:** Der folgende Artikel geht auf eine Untersuchung zurück, die 2005 vom Forschungszentrum für Ureinwohnertheologie an der Theologischen Fakultät der katholischen Furen-Universität in Taiwan durchgeführt wurde. Dem eigentlichen Untersuchungsbericht folgt eine theologische Reflexion, die sich mit den Schamanen unter den Ureinwohnern Taiwans beschäftigt, welche zwar der katholischen Kirche angehören, aber weiterhin ihre traditionelle Kunst praktizieren. Der belgische Jesuit OLIVIER LARDINOIS arbeitet seit rund fünfzehn Jahren unter den Ureinwohnern Taiwans, besonders den Tayal. Er ist Koordinator des Forschungszentrum für Ureinwohnertheologie.

Der Text erschien zuerst unter dem Titel „Réflexion théologique et pastorale autour de pratiques chamaniques subsistant dans des communautés catholiques autochtones de Taiwan“ in *Eglises d'Asie* 457, *Dossiers et documents* N° 2/2007, 16. Februar 2007, S. 8-12. Die folgende Übersetzung aus dem Französischen von P. ANTON WEBER SVD veröffentlichen wir mit freundlicher Genehmigung von *Eglises d'Asie*. Der Artikel erscheint auch in chinesischer Sprache in den *Collectanea Theologica* der Furen-Universität. (EDA / Red.)

### Einführung

Ursprünglich bezeichnet der Begriff Schamanismus die religiösen Praktiken der Ureinwohner Sibiriens, welche von der Jagd und dem Fischfang leben. Heute findet der Begriff weitgehend Anwendung, um religiöse Praktiken zu bezeichnen, welche darauf abzielen, sich unsichtbare Kräfte über ungewisse Güter wie Wohlstand, Gesundheit, Glück, Befreiung von persönlichen Schwierigkeiten oder Naturkatastrophen zu erwerben. Diese Praktiken der Schamanen, welche man im Chinesischen mit dem Ausdruck *wushu* bezeichnet, variieren je nach Ort und kulturellem Hintergrund. Sie galten als wesentlicher Bestandteil der traditionellen Religion der Ureinwohnerstämme Taiwans, welche sich vor ca. fünfzig Jahren zum Christentum, vor allem unter der Zugehörigkeit zur presbyterianischen oder katholischen Kirche, bekehrt haben.

Der vorliegende Artikel erörtert ein ganz spezielles Phänomen, nämlich das der Beibehaltung der schamanistischen Praktiken innerhalb der katholischen Ureinwohnergemeinschaften Taiwans. Er ist das Ergebnis einer Untersuchung, welche in der Region von einem Team des Forschungszentrums für Ureinwohnertheologie an der Theologischen Fakultät der katholischen Furen-Universität in

<sup>4</sup> Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden (Hrsg.), *Kompendium der Soziallehre der Kirche*, Freiburg 2006, S. 28 (Nr. 4).